

Was im Elsass vor sich geht

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Sprachspiegel : Zweimonatsschrift**

Band (Jahr): **13 (1957)**

Heft 1

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-420480>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

für die Wetterwarte gestimmt haben. Das ist mehr, als man vom Nationalrat in einer Sprachfrage erwarten durfte, und gibt Anlaß zu einigen Hoffnungen. Ein wenig sprachlos sind wir ob der Begründung des Bundesrates gewesen, man müßte auch die Namen „Finanzdepartement“ usw. abändern, wenn man die Meteorologische verdeutsche. Als ob man nur dann eine besonders schlechte Straße ausbauen dürfte, wenn man gleichzeitig auch alle andern Straßen ausbaut! Von dieser Begründung führt ein gerader Weg zum altbekannten Mätzchen, das im Anschluß an die Nationalratsdebatte wieder einmal in einer Basler Zeitung aufgetaucht ist: Man bekämpft einen vernünftigen Verdeutschungsvorschlag mit einer Liste von lächerlichen Verdeutschungen. Statt daß man also einen vernünftigen Vorschlag bespräche, schiebt man dem Gegner Vorschläge in die Schuhe, die er nie erhoben hat und nie erheben wird. Das sind alte Praktiken, aber nicht besonders geistreiche und auch nicht besonders ehrenvolle. am

Was im Elsaß vor sich geht

Eine Rundfrage unter den Arbeitern der elsässischen Kaliumwerke brachte folgende Ergebnisse an den Tag: Die meisten Arbeiter lesen die deutschsprachigen Zeitungen „L'Alsace“ und „Nouveau Rhin Français“, dazu schweizerische Wochenblätter (Ringiers Unterhaltungsblätter und dergleichen). Von französischen Presseerzeugnissen haben nur einige jener Blätter einen Anhang, die die Sinnlichkeit ansprechen. Sehr wenige Arbeiter lesen Bücher, obwohl für die Kaliumarbeiter besondere Büchereien eingerichtet sind. Es wird aber darüber Klage geführt, daß diese Büchereien zu wenig deutschsprachige Bücher enthalten. Was den Rundfunk anbetrifft, so werden Beromünster und Stuttgart, ja sogar Ost-Berlin häufiger angehört als die Sendungen von Straßburg (die zum größeren Teil in französischer Sprache, zum kleineren in elsässischer Mundart gehalten sind). Das geistige Leben der elsässischen Arbeiter steht infolge der verfehlten Sprachpolitik auf einer niedrigen Stufe. Die Straßburger katholische Wochenzeitung „Rythmes“ zog aus dieser Rundfrage folgende mutige Schlußfolgerungen: „Es scheint verfehlt zu sein, dem Volke den Zugang zur deutschen Schriftsprache zu verwehren (de combattre l'implantation de la langue allemande), denn durch sie ist ihm die Teilnahme am geistigen Leben am ehesten möglich. Eine ungeschickte Französisierung führt oft nur dazu, die Deutschkenntnisse verkümmern zu lassen, ohne die nötige Sicherheit im Französischen zu geben.“

Das Volkstheater in elsässischer Mundart hat zwischen St. Ludwig und Weißenburg stets geblüht, scheint aber in den letzten Jahren in eine innere Krise geraten zu sein. In den elsässischen Zeitungen ist viel über die Ursachen dieser Krise geschrieben worden. Man hatte dem Volkstheater vorgeworfen, daß es auf eine niedrige geistige Stufe gesunken sei und deshalb keine Aufgabe mehr erfülle. Hiezu wurde bemerkt, daß es sich bei diesem Vorwurf um einen Vorwand gewisser Kreise handle, die auch die letzte deutschsprachige Lebensäußerung des Elsässer Volkes, eben das Mundarttheater, bald zum Verschwinden bringen möchten. So schrieb der „Elsässer“: „Überblickt man 'das Kesseltreiben gegen das elsässische Volkstheater etwas genauer, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als sei unser Dialekt verschiedenen Leuten ein schmerzhafter Dorn im Auge, und daß die Kritiken am elsässischen Volkstheater eigentlich einen Kampf gegen unseren Dialekt darstellen. Unnötig zu zu bemerken, daß dieser Kampf zwecklos ist, denn niemand und nichts wird im Elsaß die Volkssprache ausrotten können; als Beweis hierfür möge die Geschichte unserer Heimat dienen.“!

Wenn elsässische Dorfvereine Theater spielen, dann werden die Programme natürlich in — französischer Sprache abgefaßt. Der berühmte Walzer von Johann Strauß heißt da „Le Beau Danube bleu“. Das dargebotene Theaterstück darf aber im Dialekt angekündigt werden und wo es um den Tombolaverkauf geht, d. h. ums liebe Geld, da kommt sogar das Schriftdeutsche in einer kurzen Aufforderung zu Ehren. — Auch die Steuerrechnung erhält der Elsässer Bürger vorsichtshalber auf deutsch.

In einer Debatte des Mülhauser Gemeinderates, die sich mit der algerischen Frage befaßte, protestierte ein Ratsmitglied gegen die Verlesung einer Abstimmungsmotion in deutscher Sprache, mit dem Hinweis, daß dies eine in den Beratungen des Mülhauser Gemeinderates unzulässige „Fremdsprache“ sei. Er wurde von der Gegenseite auf den Umstand hingewiesen, daß die amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates bzw. der Stadtverwaltung ebenfalls in deutscher Sprache erfolgen und daß sich der Dialekt für die beanstandete Motion nicht eigne. Worauf der Bürgermeister beiläufig feststellte, daß der Vorredner das Hochdeutsche ziemlich schlecht ausspreche.

Nachdem Marschall Juin erklärt hatte, daß das algerische Problem nur auf föderalistische Weise gelöst werden könne, schrieb Pfarrer P. Lafitte, der Vorkämpfer der Basken, in der Wochenschrift „Herria“: „Warum sollte nicht auch das übrige Frankreich von dem Regime des neuen Algerien profitieren? Warum sollen die andern Provinzen dem Pariser Totalitarismus unterworfen bleiben, der nur auf Gleichschaltung ausgeht? Als wir dem Marschall Juin zuhörten, sahen wir für unser Land die Möglichkeit einer Dezentralisierung, die unsere baskischen Tendenzen begünstigt, vor allem in bezug auf die Schulreform, damit unsere Sprache geschützt und unsern Kindern ein praktischerer Unterricht erteilt werden wird.“ Ein elsässischer Redaktor bemerkte dazu vieldeutig, daß es wohlverstanden ein Baske gewesen sei, nicht ein Elsässer, der dies gesagt habe.

Wie in der elsässischen Presse erst anfangs Oktober bekanntgegeben wurde, haben im Juli 1956 elf elsässische Deputierte, Angehörige des katholischen

MRP, beim französischen Unterrichtsminister in Paris vorgesprochen, um darauf zu dringen, daß die Forderungen des unterelsässischen Generalrates betr. den Deutschunterricht in den Volksschulen berücksichtigt werden. Der Minister sagte eine Prüfung der aufgeworfenen Frage zu. Zwei Monate später wurde er an sein Versprechen erinnert. In der letzten Novemberwoche hat sich der unterelsässische Generalrat sodann selbst erneut mit der Frage des Deutschunterrichts befaßt. Es wurde verlangt, „daß das Unterrichtsministerium alles tue, um dem Deutschunterricht in den Volksschulen größere Wirkungskraft zu verleihen und um dieser Sprache den Platz einzuräumen, der ihr in einer französischen Provinz gebühre, in der ein deutscher Dialekt die gebräuchlichste Umgangssprache der Bevölkerung bilde.“ Als vorläufiges Ziel gilt die Rückkehr zum Vorkriegsregime und zur Reglementierung Pfister-Charletty, d. h. zum obligatorischen Deutschunterricht von der zweiten Hälfte des zweiten Schuljahres an. (Bekanntlich beschränkt sich der Deutschunterricht gegenwärtig auf zwei Wochenstunden in den beiden letzten Schulklassen; er muß von den Eltern zudem jedes Jahr schriftlich verlangt werden und unterliegt vielen Beschränkungen und Behinderungen von seiten gewisser Behörden und fanatischer Anhänger der Französisierung unter den Lehrern. Das Vorkriegsregime war Ende 1944 unter Mißachtung der demokratischen Rechte der Volksvertretung durch einen Federstrich der Verwaltung „vorläufig“ außer Kraft gesetzt worden). — Wenn auch die Regelung Pfister-Charletty das Menschenrecht auf die Muttersprache nicht in befriedigendem Maße gewährleistet, so wäre sie doch wieder ein Fortschritt.

Mit der Sprachenfrage befaßte sich auch der große elsässische Protestantentag, der im Oktober im Elsaß stattfand. Die Beratungen führten zu einer EntschlieÙung mit zwei Anträgen. Der erste Antrag gibt den Franzosen zu bedenken, daß sich die Elsässer mit dem Festhalten an ihrer Muttersprache nicht außerhalb der französischen politischen Gemeinschaft stellen wollen; daß die Elsässer nicht auf ihre Sprache, ihren Dialekt verzichten können, weil ihr Wesen darin liege; daß sie am deutschsprachigen Gottesdienst festhalten („das Deutsche als die natürliche Ausweitung des Dialekts“), weil nur die Muttersprache den Menschen in der Tiefe der Seele erreiche; daß die Elsässer über den Versuch eines einfältigen Nationalismus, den Deutschunterricht aus der Volksschule verbannt zu halten, beunruhigt seien: „Ohne diesen Unterricht verfällt der Dialekt in ein armseliges Platt (patois), wo er erstirbt.“ Der zweite Antrag fordert die Elsässer auf, sich nicht auf das Elsässische zu versteifen und so sich der französischen Kultur zu verschließen; sie sollen die Möglichkeit des Zugangs zur deutschen Kultur, wie ihn der Dialekt bietet, benützen, aber doch nicht das Deutsche zur Grundlage des kulturellen Lebens machen, weil das die Loslösung von der französischen politischen Gemeinschaft bedeuten würde. — Die EntschlieÙung mutet in ihren zwei einander scheinbar widersprechenden Anträgen etwas zweideutig an und ist deshalb von einem Schweizer Freund des Elsasses als „jammervoll“ bezeichnet worden. Ein anderer glossierte sie mit dem Wort: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!“ Man darf aber nicht vergessen, daß die elsässischen Protestanten als Lutheraner von den Assimiliationsfanatikern noch leichter als die Katholiken des geistigen Landesverrates bezichtigt werden, wenn sie für die deutsche Sprache eintreten. Da heißt es, im „Lande der Angst“ sich mit größter Vorsicht äußern.

Am Protestantentag in Straßburg war auch der schweizerische Protestantismus vertreten, und zwar vor allem durch welsche Persönlichkeiten. Hier scheinen Organisatoren die Hand im Spiel gehabt zu haben, die weniger den Dienst am Worte Gottes als die Ausbreitung der französischen Kultur im Auge hatten. Der elsässische Protestantismus grenzt ja weder ans Waadtland noch an Genf und Neuenburg, sondern an die deutsche Schweiz, und hat mit Basel, Zürich und Bern die natürlichsten Beziehungen.

Unter dem Titel „Ein unverzeihliches Verbrechen“ brachte der Straßburger „Volksfreund“ Betrachtungen eines nach Amerika ausgewanderten Elsässers über die geistige Vergewaltigung, die man der elsässischen Schuljugend antut, indem man ihr schon in der Kinderschule den Laut der Muttersprache vorenthält.

Um den 1. November 1956 herum wurde in einer ostlothringischen Ortschaft eine Postkarte aufgegeben, die an den bekannten Schriftsteller Maurois, Mitglied der Akademie, gerichtet war. Die Unterzeichner, sechs Innerfranzosen, Beamte der Nationalen Kohlengruben in Lothringen, beglückwünschten darin den Schriftsteller zu einer Reportage über Lothringen, die in einer Pariser Zeitung erschienen war. Außerdem schrieben sie aber, daß sie sich als nach Lothringen „verpflanzte“ Franzosen ihrer Berufung bewußt seien, die darin bestehe, die Bevölkerung zu zivilisieren! Unberufene Augen lasen diese Mitteilung; der Text wurde vervielfältigt und unter der ganzen einheimischen Bevölkerung verteilt. Es kam zu einem Sturm der Entrüstung, so daß sich die Behörden gezwungen sahen, die sechs Beamten sofort zu maßregeln und zu versetzen. Lothringen ist ja wie das Elsaß ein Land ältester Kultur, und die heutigen Einwohner kommen sich keineswegs als Wilde vor, wenn sie auch unter sich eine deutsche Mundart sprechen.

In der Gegend von Saasenheim-Sundhausen (Kreis Schlettstadt, Unterelsaß) soll eine Flurbereinigung vorgenommen werden. Die Landwirte wurden auf den 19. Dezember 1956 zu einer Versammlung einberufen, an der die Frage besprochen werden sollte. Flurbereinigungen, Güterzusammenlegungen sind immer eine äußerst heikle Angelegenheit, bei der sich die Gemüter der „Betroffenen“ erhitzen. So herrschte auch an der Versammlung von Saasenheim eine gewisse Erregung. Diese erreichte ihren Höhepunkt, als ein höherer Beamter, seines Zeichens „Ingénieur-agricole“, in französischer Sprache den Bereinigungsplan darlegen wollte. Die Bauern weigerten sich, ihn anzuhören, indem sie ihm immerfort zuriefen: „Elsässisch reden! Elsässisch reden!“ Die Versammlung löste sich in einen Tumult auf. — Man versteht die Erbitterung der Elsässer über Beamte, die die Landessprache nicht verstehen und nicht sprechen und trotzdem — wie in den Kolonien — Sonderzulagen wegen Sprachschwierigkeiten (genannt „difficultés administratives“) beziehen. B.